GRÜNE
GRÜNES BÜNDNIS BERN
grün.
Nr.34 | Januar 2019

Am 10. Februar:
Mit Regierung und Parlament
BERNER ENERGIE GESETZ JA

Grossrätin und Co-Präsidentin der Grünen Kanton Bern: Natalie Imboden kandidiert bei den Nationalratswahlen 2019

WAHL
Regula Rytz
● Sozialen Klimaschutz kann man wählen!

STAND
Hasim Sancar
● Nein zum Polizeigesetz

STAND
Lea Bill
● Soziale Wohnpolitik: Massnahmen jetzt umsetzen!

Sozialen Klimaschutz kann man wählen!

In zehn Monaten wird in der Schweiz das nationale Parlament gewählt. Alle Zeichen stehen auf grün. In Luxemburg, in Bayern, im Kanton Zug, in Seedorf: Überall haben die ökologischen Kräfte im letzten Wahlherbst vorwärts gemacht. Auch die Umfragewerte sind erfreulich. Würde morgen in der Schweiz gewählt, dann legten die Grünen von allen Parteien am stärksten zu. Dieser Trend bestätigt die realen Erfolge in Kantonen, Städten und Gemeinden. Der jüngste Coup ist die Wahl von Andrea de Meuron zur ersten grünen Gemeinderätin in Thun.

Die GB-Nationalratskandidat_innen: Hasim Sancar, Natalie Imboden, Sophie Achermann, Aline Trede und Regula Rytz

Dieser Sprung nach vorne ist kein Zufall. Es hat sich etwas verändert in den letzten Jahren. Immer mehr Menschen wissen, was mit der Klimakrise auf dem Spiel steht. Auch die Schülerinnen und Schüler gehen wieder auf die Strasse. Sie streiken für ihre Zukunft und stärken damit die Kräfte, die sich seit vielen Jahren hartnäckig und kompetent für den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen einsetzen. Für uns Grüne ist dabei eines klar: Wenn wir den Aufbruch ins postfossile Zeitalter schaffen wollen, dann müssen wir Umweltschutz immer auch mit sozialem Ausgleich und mit der Stärkung von Demokratie, Menschenrechten und dem globalen Zusammenhalt verbinden. Grüne Politik muss fair und weitsichtig sein – sonst wird sie, wie aktuell in Frankreich, durch Zukunftsängste abgeblockt.

Die Zeichen stehen auf grün. Doch die Wahlkampagne wird kein Sonntagsspaziergang. Alle Parteien wissen: In diesem Herbst geht es um die Wurst. Ein paar wenige Stimmen haben beim CO2-Gesetz über das Nein zur Flugticketabgabe oder zum Inlandreduktionsziel entschieden. Auch bei den Rüstungsexporten oder bei der Lohngleichheit war es knapp. Jede Minute Engagement, jeder Spendenfranken, jedes Neumitglied entscheidet darüber, ob es nach vier verlorenen Jahren wieder vorwärts geht. Wer in Bundesbern die ökologischen und sozialen Kräfte und die Frauen stärken will, wählt grün. Werdet alle Teil unserer Kampagne!

Regula Rytz, Nationalrätin und Präsidentin Grüne Schweiz

Abstimmungen vom 10. Februar 2019

Stadt

- Reglement über die Planungsmehrwertabgabe: Stadtratsvorlage ..... **JA**
  Volksvorschlag ..... **NEIN**

Kantonal

- Änderung des Kantonalen Energiegesetzes ..... **JA**
- Polizeigesetz ..... **NEIN**

National

- Volksinitiative «Zersiedelung stoppen – für eine nachhaltige Siedlungsentwicklung (Zersiedelungsinitiative)» ..... **JA**

«Die Polizei hat das staatliche Gewaltmonopol inne, ein heikler Bereich. Sorgfalt ist geboten. Jede Handlung muss rechtmässig, verhältnismässig und wirtschaftlich sein sowie demokratisch kontrolliert erfolgen. Doch das neue Polizeigesetz diskriminiert anders Aussehende, schränkt Grundrechte und die Meinungsfreiheit ein und fördert staatliche Schnüffelei. Wir sagen deshalb am 10. Februar NEIN!»

Nein zum Polizeigesetz

Das Berner Polizeigesetz wurde umfassend revidiert und vom Grossen Rat verabschiedet. Es schränkt die Meinungsfreiheit und Grundrechte ein, verstärkt den Schnüffelstaat und öffnet der Willkür Tür und Tor. Gemeinsam mit Partnerorganisationen mobilisieren die Grünen gegen das Gesetz, das am 10. Februar zur Abstimmung kommt.

Das revidierte Polizeigesetz (PolG) des Kantons Bern liegt vor. Mit diesem Gesetz werden Grundrechte eingeschränkt. Es ermöglicht die Überwälzung von Kosten auf Einzelpersonen, wenn es zu einem Polizeieinsatz kommt. Es kann auch diejenigen treffen, die die Kundgebungsbewilligung eingeholt haben. Es ist also ein Risiko, eine Bewilligung einzureichen. Das PolG untergräbt damit die Meinungs- und Versammlungsfreiheit. Es ermöglicht eine mündlich erteilte Wegweisung für 48 Stunden von Einzelpersonen aus dem öffentlichen Raum. Ohne richterlichen Entscheid und ohne Tatverdacht kann die Polizei zudem während eines Monats mit Kamera und GPS-Tracker verdeckt fahnden: ein Steilpass für den Schnüffelstaat. Das neue PolG diskriminiert auch Fahrende. Die Polizei kann diese von einem Ort wegweisen, wenn anderswo ein Transitplatz zur Verfügung steht. Das Mitspracherecht der Gemeinden bei Polizeieinsätzen wird stark eingeschränkt, obwohl sie sich an der Finanzierung beteiligen. Eine unabhängige Ombudsstelle für Reklamationen aus der Bevölkerung, wie wir sie schon lange fordern, ist nicht vorgesehen! Die Kennzeichnungspflicht für Polizist_innen fehlt ebenfalls. Darum braucht es ein überzeugtes Nein am 10. Februar zum revidierten Polizeigesetz des Kantons Bern.

Hasim Sancar, Grossrat GB und Mitglied Geschäftsprüfungskommission

«Umzonungen können den Wert eines Grundstücks massiv steigern. Dabei muss die Eigentümerschaft einen Teil dieses «Geschenks» als Planungsmehrwertabgabe zurückgeben. Mit dem Volksvorschlag gegen das entsprechende Reglement wollen Bürgerliche neue Privilegien für Grundeigentümer_innen einführen. Das GB sagt klar NEIN zu diesem scheinheiligen Volksvorschlag und JA zur bisherigen Praxis.»

Soziale Wohnpolitik: Massnahmen jetzt umsetzen!

Strategien, Berichte und Konzepte allein machen noch keine soziale Wohnpolitik. Gerade hat das GB im Stadtrat ein Vorstoss-Paket eingereicht, damit nun endlich konkrete Schritte unternommen werden.

Seit Jahren ist der Mangel an bezahlbarem Wohnraum in der Stadt Bern ein Problem. Der Gemeinderat reagierte letztes Jahr auf konzeptioneller Ebene: Zum einen verfasste die Direktion für Bildung, Soziales und Sport (BSS) einen Bericht über bezahlbaren Wohnraum für Armutsbetroffene und zum anderen verabschiedete der Gemeinderat die Wohnstrategie. Doch auch wenn einige vorgeschlagene Massnahmen aus dem BSS-Bericht Eingang in die Wohnstrategie gefunden haben: Die Ziele zum günstigen Wohnraum sind wenig ambitioniert und bleiben auf der Konzeptebene hängen.

Um soziale Wohnpolitik umzusetzen, braucht es nun aber konkrete Massnahmen. Deshalb reichte das GB im Stadtrat ein Vorstoss-Paket ein: Wir fordern die Einrichtung einer *Fachstelle Wohnen*, welche günstigen Wohnraum vermitteln und bei Wohnproblemen begleiten soll. Der Zugang zum Wohnungsmarkt soll erleichtert werden etwa mit der Einführung von Garantiemodellen zur Übernahme der Mietkaution. Zudem fordern wir Instrumente zum Ausbau des Angebots an günstigem Wohnraum. Dazu gehört die längst notwendige offizielle Definition des Begriffs *Günstiger Wohnraum* und die Festlegung von Mietzins-Limiten in Bauwettbewerben. Und dass die Stadt Bern bei einer Abgabe von Land im Baurecht an Genossenschaften einen Teil der Wohnungen zurückmietet und als günstigen Wohnraum zur Verfügung stellt.

Es soll mit der sozialen Wohnpolitik in der Stadt Bern endlich vorwärtsgehen!

Lea Bill, GB-Stadträtin

AZB, 3000 Bern 1
Grünes Bündnis
P.F., 3001 Bern
Tel. 031 301 82 09
info@gbbern.ch

Sei dabei!

● Donnerstag, 28. Februar 2018, 18.00 Uhr, *Heitere Fahne*, Dorfstrasse 22/24, Köniz
Sans-Papiers-Soli-Lotto
Ein Abend zum Spielen, Essen und Trinken – tolle Preise zu gewinnen. Der Erlös des Anlasses geht an die Berner Beratungsstelle für Sans-Papiers.
Moderation: Sandra Künzi

● Freitag, 1. März 2019, 19.00 Uhr, Neubrückstrasse 17, Bern
Abschiedsfest Neubrückstrasse
Es ist Zeit: Im März zieht die Bürogemeinschaft von GB, JA! und GSoA in ihr neues Zuhause im «Breitsch». Darum feiern wir 42 Jahre unaufhaltsamen Politaktivismus an der Neubrückstrasse und den Aufbruch zu neuen Projekten an der Breitenrainstrasse 59, dem neuen Sitz des GB-Sekretariats. Alle Mitglieder und Unterstützer_innen sind herzlich eingeladen, beim Umzugsapéro mit uns anzustossen, in Erinnerungen zu schwelgen und sich Erinnerungsstücke aus dem Sekretariat mitzunehmen.

● Die nächste **Mitgliederversammlung** findet am 20. Februar 2019 um 18.30 Uhr statt.

● **Korrigendum**
Im grün. Nr. 33 ist uns ein Fehler unterlaufen: Den Artikel auf Seite 2 «Pionierhaft: Kinderbetreuung in der Stadt Bern» hat nicht Regula Bühlmann verfasst, sondern die GB-Stadträtin Katharina Gallizzi. Wir bitten um Entschuldigung!
Die Redaktion.

Mach mit!

Werde aktiv und bringe deine Fragen und Ideen ein! Unsere Arbeitsgruppen und das Sekretariat freuen sich über deine Kontaktaufnahme.

● **AG Frauenpolitik**
Kontakt: Regula Bühlmann
(regula_buehlmann@bluewin.ch)
● **AG Ökologie**
Kontakt: Franziska Grossenbacher
(fragroba@gmx.ch)
● **AG Internationales und Migration**
Kontakt: Annemarie Sancar
(annemarie.sancar@bluewin.ch)
● **AG Wirtschaft**
Kontakt: sekretariat@gruenebern.ch
● **AG Bildungs- und Kulturpolitik**
Kontakt: Markus Heinzer
(info@markusheinzer.ch)
● **AG macht**
Kontakt: Katharina Gallizzi
(gallizzi@gmx.net)
● **AG Polizei**
Kontakt: Rahel Ruch
(rahel_ruch@hotmail.com)

Kontakt Sekretariat
Geschäftsführer: Benjamin Steinweg
Grünes Bündnis Stadt Bern
Neubrückstrasse 17, 3012 Bern,
Postfach 6411, 3001 Bern, Tel. 031 301 82 09,
info@gbbern, www.gbbern.ch
facebook.com/GruenesBuendnisBern
PC-Konto: 30-37923-6. **Merci!**

Impressum:
Die Zeitschrift **grün.** für Mitglieder und Sympathisant_innen des Grünen Bündnis Stadt Bern erscheint viermal jährlich.
Abo-Preis: 20 Franken.
Redaktion:
Markus Heinzer, Marius Christen, Christine Michel, Regula Tschanz, Benjamin Steinweg.
Fotos:
Manu Friedrich
Gestaltung:
transform.ch
Druck:
Bubenberg Druck- und Verlags-AG, Bern.
Redaktionsschluss grün. Nr. 35: 27. März 2019

SCHLUSS

Cyrill Bolliger, Mitglied GB und Junge Grüne

Die Schweiz ist (k)ein Viererfeld

Die Schweiz ist ein Viererfeld. Ihre saftigsten Wiesen werden verbaut, als bräuchte es weder Natur noch Landwirtschaft. Jede Sekunde ein Quadratmeter. Jeden Tag eine Fläche so gross wie das Viererfeld. Jeder Familie ihr Eigenheim. Jedem Haus seinen Parkplatz. Jedem Parkplatz sein Auto. Jedem Auto seine Strasse. Hauptsache zubetoniert.
Die Schweiz ist eben doch kein Viererfeld. Denn landauf, landab wird weder platzsparend noch zentrumsnah, noch genossenschaftlich gebaut. Man könnte meinen, Herr und Frau Häuslebauer hätten im dritten Stock Höhenangst. Platzangst, wenn sie nur schon das Wort Stadt hörten. Fremdenangst beim Gedanken an Nachbarn. Panikattacken beim Erblikken des öffentlichen Verkehrs.
Natürlich braucht es Wohnraum. Wir müssen uns aber fragen, wo und wie dieser gebaut wird. Seit 1985 hat die Siedlungsfläche zweieinhalb mal stärker zugenommen als die Bevölkerung. Das müssen und können wir ändern: am 10. Februar mit einem Ja zu unserer Zersiedelungsinitiative. Sie will das Baulandangebot am Bodenangebot und nicht an der verschwenderischen Nachfrage orientieren. Wir wollen viele Viererfelder. Bauen wir Genossenschaften statt Einfamilienhäuser, zentrumsnah statt mitten auf der Kuhweide. So kann genügend neuer Wohnraum entstehen, ohne dass auch noch die letzte Grünfläche zubetoniert werden muss. Ja, die wollmilchlegende Eiersau ist möglich. Und mit deiner Hilfe bald auch Realität: zersiedelung-stoppen.ch/mitmachen